
Kantonsrat

Sitzung vom: 2. Mai 2016 vormittags

Protokoll-Nr. 150

Nr. 150

**Bau eines Asylzentrums Eichwald, Luzern; Enwurf Dekret
über einen Sonderkredit (B 123). Nichteintreten**

In Namen der Kommission Verkehr und Bau (VBK) erklärt der Kommissionspräsident Rolf Bossart, der Rat habe am 23. September 2014 mit der Botschaft B 123, Bau eines Asylzentrums Eichwald, einen Sonderkredit von 5,7 Millionen Franken verabschiedet. Die unverhältnismässig hohen Kosten für eine kurze Nutzungsdauer von zehn Jahren hätten die VBK damals dazu bewogen, dem Antrag auf Abtraktandierung vom 12. Dezember 2014 stattzugeben. Gemäss der Medienmitteilung vom 6. Januar 2016 konnte in der Zwischenzeit mit der Stadt eine dauerhafte Lösung in der kantonseigenen Liegenschaft Hirschpark gefunden werden. Dadurch seien langfristig Plätze für 180 Asylsuchende sichergestellt worden. Im Gegenzug werde definitiv auf das Asylzentrum Eichwald verzichtet. Dadurch werde die Botschaft B 123 obsolet und der beantragte Sonderkredit nicht mehr benötigt. Das Sachgeschäft sei der Form halber aufzuheben und mit einem Nichteintretentsentscheid als erledigt abzuschreiben. Die Kommission habe an ihrer Sitzung vom 15. April 2016 mit 12 zu 2 Stimmen beschlossen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Marcel Budmiger beantragt im Namen der SP-Fraktion Eintreten auf die Vorlage. Die Botschaft B 123 zum Asylzentrum Eichwald habe eine spezielle Geschichte hinter sich. Bei einer Nacht- und Nebelaktion sei sie von der Traktandenliste der VBK gestrichen und sistiert worden. Statt über die Schaffung der dringend benötigten Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden sei über die Rolle des Gewerbeverbands diskutiert worden, der sich gegen dieses Asylzentrum ausgesprochen habe. Die Stadt habe mit dem Zentrum Hirschpark eine andere Lösung gefunden, trotzdem bestehe bei der Unterbringung von Asylsuchenden im Kanton Luzern ein Notstand. Obwohl man die Botschaft B 123 sistiert habe, sei die Zahl der Asylsuchenden nicht zurückgegangen. Das werde sich auch in Zukunft nicht so schnell ändern. Laut VLG stelle die Unterbringung von Asylsuchenden die aktuell grösste Herausforderung für die Gemeinden dar. Die Situation in den Gemeinden sei sehr angespannt. Trotzdem solle das Asylzentrum Eichwald nicht realisiert werden; dafür hätten weder die SP-Fraktion noch die Gemeinden Verständnis. Die Spange Süd werde, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren realisiert. Während dieser langen Zeitspanne könnte das Zentrum Eichwald genutzt werden, und der Kanton würde über zweckmässige Unterbringungsplätze für Asylsuchende verfügen. Falls die Asylzahlen zurückgingen, könnten diese Plätze auch für studentisches Wohnen genutzt werden. Zudem würden sich diese Plätze nicht im Untergrund befinden und über Tag gesicht verfügen. Das sei kein Luxus, sondern es gehe um die Gesundheit. Man könne also auf diese zweckmässige Unterkunft setzen oder weiterhin, wie es die Regierung mache, auf temporäre Notunterkünfte. Zwar könne der Kanton weiterhin von Notständen sprechen, er mache sich aber unglaublich, wenn er gleichzeitig auf die Schaffung von regulären Kapazitäten verzichte. Die SP-Fraktion könne diese kurzfristige Unterbringungspolitik nicht unterstützen. Sie fordere gute und längerfristige Unterbringungsplätze für Asylsuchende anstelle eines Notregimes.

Michael Töngi spricht sich im Namen der Grünen Fraktion für Eintreten auf die Vorlage aus. Seit Jahren höre man, dass im Kanton zu wenige Unterbringungsplätze für Asylsuchende vorhanden seien. Dem versuche man mit Überbrückungsmassnahmen und kurzfristigen Zentren entgegenzuwirken. Der Gesundheits- und Sozialdirektor spreche von Szenarien bei höheren Flüchtlingszahlen. Mittlerweile würden immer mehr Asylsuchende in Zivilschutzanlagen unter Tag untergebracht. Ende der 1990-er Jahre habe man diese Form der Unter-

bringung noch abgelehnt, trotz höherer Asylzahlen als heute. Der Reichtum der Schweiz habe seit dieser Zeit zwar zugenommen, die Mittel für eine anständige Unterbringung von Asylsuchenden würden aber scheinbar fehlen. Gleichzeitig liege ein Projekt vor, das in der Planung schon weit fortgeschritten sei. Die Standortgemeinde wäre damit einverstanden, und es habe praktisch keinen Widerstand aus der näheren Umgebung dagegen gegeben. Die Grüne Fraktion wolle deshalb auf die Vorlage eintreten und darüber diskutieren. In der VBK sei lediglich über die Abtraktandierung und die Sistierung gesprochen worden, inhaltlich habe man sich mit der Botschaft nicht mehr befasst. Die Grüne Fraktion wolle darüber diskutieren, wie Asylsuchende menschenwürdig untergebracht werden könnten und wie viele Plätze der Kanton tatsächlich zur Verfügung stellen müsse. Zudem wolle man wissen, ob die Unterbringungsplätze im Eichwald tatsächlich so teuer wie dargestellt seien. Weder in der Kommission noch im Rat sei über diese Zahlen diskutiert worden. Erst nach erfolgter Diskussion könne der Rat darüber entscheiden, ob er die Vorlage ablehnen wolle oder nicht.

Markus Hess unterstützt den Nichteintretensantrag der VBK. Der Finanzdirektor habe anlässlich der VBK-Sitzung ausführlich und glaubwürdig darlegen können, dass mit den bestehenden Zentren genügend Kapazitäten vorhanden seien. Die Gemeinde Nottwil zum Beispiel habe im Moment sogar Kapazitäten übrig, die nicht genutzt würden. Solange nicht alle Unterbringungsplätze belegt seien, mache es keinen Sinn, neue zu schaffen.

Räto B. Camenisch nennt noch weitere Gründe, warum man nicht auf die Botschaft eintreten solle. In der Gemeinde Kriens biete das Asylzentrum Grosshof Platz für über 100 Asylsuchende. Im ehemaligen Motel Pilatusblick in Kriens seien unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) untergebracht worden. Nun hätte im Eichwald eine weitere Unterkunft für Asylsuchende gebaut werden sollen. Die Lösung im Hirschpark habe sich jedoch als besser erwiesen. Deshalb erübrige sich eine weitere Diskussion.

Im Namen des Regierungsrates unterstützt Finanzdirektor Marcel Scherzmann den Nichteintretensantrag der VBK. Es sei die einfachste Art, um dieses Geschäft formell zu beenden. Die Kommission habe das Geschäft bereits beraten, deshalb erübrige sich eine weitere Diskussion im Rat. Mit der Lösung Hirschpark stünden schon heute oberirdische Plätze zur Verfügung. Die Bauten im Eichwald hätten nach zehn Jahren abgerissen werden müssen, weil das Grundstück nur während dieser Zeit zur Verfügung stehe. Zudem hätte es sich um eine teure Lösung gehandelt. Auch wenn der Kanton weiterhin Unterkünfte suchen müsse, hätte es sich beim Projekt Eichwald nicht um eine ideale Lösung gehandelt. So liege noch nicht einmal eine Baubewilligung vor, bis zur Fertigstellung hätte es also noch längere Zeit gedauert. Aus diesen Gründen habe die Regierung entschieden, dass sie auf dieses Projekt verzichten könne.

Der Rat stimmt dem Nichteintretensantrag der VBK mit 86 zu 20 Stimmen zu und tritt somit nicht auf die Vorlage ein.